

Inhaltsverzeichnis

	Rn	Seite
<i>Vorwort</i>		V
<i>Aus dem Vorwort zur 1. Auflage</i>		VII
<i>Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur</i>		XVII

Teil I

Einführung in das Polizei- und Ordnungsrecht

§ 1 Die einzelnen Polizeibegriffe	1	1
I. Die verschiedenen Ansätze zur Bestimmung des Polizei- begriffs	1	1
II. Der Begriff der Polizei im materiellen Sinn	2	1
1. Die geschichtliche Entwicklung des materiellen Polizei- begriffs	2	1
2. Polizei im materiellen Sinn als die der Gefahrenabwehr dienende staatliche Tätigkeit	10	4
a) Die Gefahrenabwehr	10	4
b) Die Gefahrenvorsorge	11	5
c) Keine Einbeziehung der Strafverfolgungsvorsorge	12	6
III. Der Begriff der Polizei im institutionellen (organisatorischen) Sinn	15	7
IV. Der Begriff der Polizei im formellen Sinn	17	8
§ 2 Das Polizei- und Ordnungsrecht	18	8
I. Der Begriff des Polizei- und Ordnungsrechts	18	8
II. Die Gliederung des Polizei- und Ordnungsrechts	22	9
1. Die Gesetzgebungskompetenz der Länder zur Regelung des Polizei- und Ordnungsrechts	24	9
2. Die Gesetzgebungskompetenzen des Bundes für Teil- bereiche des Polizei- und Ordnungsrechts	26	11
3. Die Gesetzgebungskompetenz für die Strafverfolgung und die Strafverfolgungsvorsorge	29	13

Teil II

Materielles Polizei- und Ordnungsrecht (Rechtsgrundlagen und Rechtsgrundsätze des polizeilichen Handelns)

§ 3 Die Polizeibefugnisse im Rahmen der Gefahrenabwehr	35	17
I. Das Erfordernis einer gesetzlichen Ermächtigunggrundlage für belastende Eingriffe	35	17
1. Zuweisung einer Aufgabe rechtfertigt grundsätzlich keine Eingriffsbefugnisse	35	17
2. Generalermächtigungen und Spezialermächtigungen	37	18
3. Keine Rechtsgrundlage durch allgemeine Rechtfertigungs- gründe	39	19

4. Ermächtigungsgrundlage für grundrechtsrelevante Informationen der Bundes- bzw Landesregierung	40	19
5. Keine Ermächtigung durch grundrechtliche Schutzpflichten	41	21
6. Keine Ermächtigung durch staatliche Notrechte	42	22
II. Die polizei- und ordnungsbehördlichen Generalklauseln	43	22
1. Keine grundsätzlichen verfassungsrechtlichen Bedenken gegen Generalklausel	49	23
2. Ausnahmsweise Erfordernis spezialgesetzlicher Ermächtigungen	50	24
3. Rechtsgrundlage für belastende Verwaltungsakte und Realakte	51	25
4. Uneingeschränkte Justitiabilität der in der Generalklausel verwandten unbestimmten Rechtsbegriffe	54	26
5. Der Begriff der öffentlichen Sicherheit	56	27
6. Der Begriff der öffentlichen Ordnung	67	34
7. Der Begriff der Gefahr	74	38
a) Gefahr als hinreichende Wahrscheinlichkeit des Schadenseintritts	74	38
b) Anscheinsgefahr	86	44
c) Scheingefahr	88	45
d) Gefahrenverdacht	89	46
e) Gefahrerforschungseingriff	94	49
f) Drohende Gefahr (konkretisierte Gefahr)	102	54
8. Der Begriff der Störung	106	56
9. Das Ermessen der Polizei	107	57
a) Das Entschließungsermessen	113	60
b) Das Auswahlermessen	116	62
c) Der Anspruch auf ermessensfehlerfreie Entscheidung ..	117	62
III. Traditionelle polizeiliche Verfügungen (Einzelmaßnahmen) in allgemeinen Polizei- und Ordnungsgesetzen (Standardmaßnahmen)	124	65
1. Die Identitätsfeststellung und die Prüfung von Berechtigungsscheinen	132	69
2. Erkennungsdienstliche Maßnahmen	138	72
3. Vorladung	143	75
4. Platzverweisung, Aufenthaltsverbot, Aufenthaltsgebote, Wohnungsverweisung, Kontaktverbot und elektronische Aufenthaltsüberwachung	145	76
5. Ingewahrsamnahme von Personen	156	83
6. Durchsuchung und Untersuchung von Personen	162	89
7. Durchsuchung von Sachen	166	91
8. Betreten und Durchsuchung von Wohnungen	167	91
9. Sicherstellung und Beschlagnahme	173	95
10. Verwertung, Einziehung, Vernichtung	182	99
IV. Datenerhebung und Datenverarbeitung	191	102
1. Allgemeines	192	102
2. Die Datenerhebung	197	106
a) Allgemeine Grundsätze	198	106
b) Die allgemeine Ermächtigung zur Datenerhebung	199	107
c) Die Befragung	200	108

d) Offene Bild- und Tonaufzeichnungen (Videoüberwachung)	202	109
e) Die offene Anfertigung von Bild- und Tonaufzeichnung mittels körpfernah getragener Aufnahmegeräte (Body-Cams)	206	112
f) Die polizeiliche Ausschreibung zur Beobachtung	210	115
g) Die Fahndung	211	116
3. Verdeckte Mittel der Datenerhebung	212	116
a) Allgemeines	214	118
b) Der Einsatz von technischen Mitteln zur Überwachung von Wohnungen (sog. „Großer Lauschangriff“)	226	127
c) Die Telekommunikationsüberwachung	234	132
d) Die sog. „Online-Durchsuchung“	252	140
e) Der Einsatz Verdeckter Ermittler	259	143
f) Der Einsatz von V-Leuten	261	144
g) Die längerfristige Observation	262	144
4. Die Datenverarbeitung	264	146
a) Allgemeines zur Speicherung, Veränderung und Nutzung von Daten	267	148
b) Die Zwecke der Datenverarbeitung	268	148
c) Speicherung	272	151
d) Der Datenabgleich	273	151
e) Die Datenübermittlung	282	158
f) Die Verwertbarkeit rechtswidrig erlangter Daten	283	160
g) Löschung, Berichtigung und Sperrung von Daten sowie Auskunftsansprüche	286	164
h) Weitere Folgen rechtswidriger Datenverarbeitungen ...	289	165
§ 4 Die polizeirechtlich Verantwortlichen (Störer)	293	168
I. Die Bedeutung des Störerbegriffs und die Arten der Störer	299	169
II. Potentiell polizeipflichtige Personen	303	171
III. Der Verhaltensstörer	311	175
1. Das Verhalten	311	175
2. Der polizeirechtliche Verursacherbegriff	313	176
a) Die polizeirechtliche Verursachung	313	176
b) Der Zweckveranlasser	316	178
c) Der „latente Störer“	321	181
d) Scheinstörer, „Anscheinstörer“ und „Verdachts- störer“	323	182
3. Haftung für das Verhalten anderer Personen (Zusatzverantwortlichkeit)	337	190
IV. Der Zustandsstörer	340	192
1. Allgemeines	340	192
2. Einschränkungen der Zustandsverantwortlichkeit unter dem Aspekt des Übermaßverbots	343	194
3. Die Beendigung der Zustandsverantwortlichkeit, insbesondere bei Dereliktion	350	198
4. Zustandsverantwortlichkeit und zivilrechtliche Verfügungsbefugnis	353	200
V. Verjährung und Verwirkung der polizeirechtlichen Verantwortlichkeit	354	201

VI. Die Auswahl zwischen mehreren Störern	356	202
1. Keine nur anteilige Verantwortlichkeit der Störer	356	202
2. Gleichzeitige Verantwortlichkeit mehrerer Störer für eine Gefahr	357	203
a) Ermessensleitende Gesichtspunkte bei der Auswahl ..	357	203
b) Gesamtschuldnerische Haftung und Rückgriffmöglichkeiten der in Anspruch genommenen Person	360	205
VII. Rechtsnachfolge in polizeiliche Pflichten	364	207
§ 5 Der polizeiliche Notstand	382	213
I. Die Tatbestandsvoraussetzungen des polizeilichen Notstands ..	385	215
II. Der Umfang der Inanspruchnahme	392	217
§ 6 Verfassungsrechtliche Begrenzungen der Polizeibefugnisse ..	400	221
I. Rechtliche Bindungen durch das Übermaßverbot	403	221
1. Der Grundsatz der Geeignetheit des Mittels	405	222
2. Der Grundsatz des geringsten Eingriffs	407	222
3. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit im engeren Sinn ..	410	224
II. Sonstige Begrenzungen durch die Grundrechte	413	226
1. Begrenzungen durch Freiheitsgrundrechte mit Gesetzesvorbehalt	414	226
2. Begrenzungen durch nicht ausdrücklich einschränkbare Freiheitsgrundrechte	417	229
3. Begrenzungen durch sonstige Grundrechte	418	230
§ 7 Spezialgesetzliche Befugnisse der Polizei- und Ordnungsbehörden zur Gefahrenabwehr außerhalb der allgemeinen Polizei- und Ordnungsgesetze	426	233
I. Spezielle Gefahrenabwehrregelungen	428	233
II. Das Versammlungsrecht	430	234
1. Öffentliche Versammlungen in geschlossenen Räumen	436	240
2. Öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel	438	242
a) Anmeldung einer Versammlung	438	242
b) Versammlungsverbot und Auflagen	443	244
c) Auflösung einer Versammlung	444	247
d) Maßnahmen unterhalb der Schwelle eines Verbots oder einer Auflösung	446	248
3. Verhältnis des VersG zum allgemeinen Polizeirecht und anderen polizeirechtlichen Vorschriften	447	249
4. Das VersG als lex specialis zu anderen Vorschriften	454	253
§ 8 Polizeiliche Befugnisse außerhalb des Bereichs der Gefahrenabwehr	458	254
I. Die Vollzugshilfe	461	255
II. Polizeiliche Befugnisse bei der Verfolgung von Straftaten	465	256
1. Die Tätigkeit der Polizei im Rahmen der Strafverfolgung ..	465	256
2. Rechtsschutz gegen Strafverfolgungsmaßnahmen der Polizei	472	259
III. Polizeiliche Befugnisse bei der Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten	481	264

Teil III

Formelles Polizei- und Ordnungsrecht (Organisationsrecht und das polizeiliche Handlungsinstrumentarium)

§ 9 Die Polizei- und Ordnungsbehörden	488	267
I. Gefahrenabwehrbehörden und Nachrichtendienste des Bundes .	491	268
1. Die Bundespolizei	492	268
2. Das Bundeskriminalamt	493	269
3. Sonstige Bundesbehörden mit polizeilichen Aufgaben	495	270
4. Das Bundesamt für Verfassungsschutz	497	271
5. Der Bundesnachrichtendienst	501	274
6. Der Militärische Abschirmdienst	502	275
II. Die Polizei- und Ordnungsbehörden der Länder	503	276
1. Überblick über die Verteilung der allgemeinen Aufgaben der Gefahrenabwehr in den einzelnen Bundesländern	503	276
a) Länder mit Einheitssystem	504	276
b) Länder mit Trennungssystem	506	277
2. Die Abgrenzung der Zuständigkeit der Polizei- und Ordnungsbehörden	509	280
a) Die sachliche Zuständigkeit	510	280
b) Die instanzielle Zuständigkeit	511	280
c) Die örtliche Zuständigkeit	515	282
III. Internationale Zusammenarbeit und Europäische Integration ...	517	283
1. Die Internationale kriminalpolizeiliche Organisation (IKPO – „Interpol“) sowie sonstige internationale Bemühungen zur Gefahrenabwehr	518	283
2. Das Europäische Polizeiamt (Europol)	522	284
3. Das Schengener Durchführungsübereinkommen (SDÜ) ...	526	285
IV. Exkurs: Private Sicherheitsdienste	530	288
§ 10 Der polizeiliche Verwaltungsakt	535	291
I. Die Abgrenzung polizeilicher Verwaltungsakte von anderen der Gefahrenabwehr dienenden Handlungen	541	292
II. Die Rechtmäßigkeit eines der Gefahrenabwehr dienenden Verwaltungsakts (Prüfungsschema) und der Rechtsschutz	546	294
1. Die formelle Rechtmäßigkeit	547	294
a) Die Zuständigkeit	547	294
b) Die Verfahrensvorschriften	548	294
2. Die materielle Rechtmäßigkeit	558	299
a) Die Bestimmtheit des Verwaltungsakts	558	299
b) Die Rechtsgrundlage	559	299
c) Das Entschließungsermessen	560	300
d) Der richtige Adressat	563	301
e) Das Auswahlermessen	564	301
f) Verstoß gegen sonstiges Recht	565	301
g) Umdeutung	566	301
3. Der Rechtsschutz gegen Verwaltungsakte	567	302
a) Die Rechtswegproblematik	567	302
b) Der Rechtsschutz durch die Anfechtungsklage	568	303
c) Der vorläufige Rechtsschutz gem. §§ 80 ff VwGO	577	305
d) Der Rechtsschutz bei Erledigung des Verwaltungsakts .	580	306

e) Der Rechtsschutz durch eine Verpflichtungsklage	584	308
f) Der vorläufige Rechtsschutz durch eine einstweilige Anordnung	590	309
g) Der vorbeugende Rechtsschutz durch eine allgemeine Leistungsklage	591	310
h) Der Rechtsschutz durch eine allgemeine Feststellungs- klage gem. § 43 VwGO	592	310
III. Die Zwangsmittel zur Durchsetzung polizeilicher Verwaltungs- akte	596	311
1. Allgemeines	596	311
2. Die Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen für die Anwendung der Zwangsmittel	597	312
a) Prüfungsschema	597	312
b) Die Ersatzvornahme	611	317
c) Das Zwangsgeld	614	318
d) Die Anwendung unmittelbaren Zwangs	616	319
3. Unmittelbare Ausführung und Sofortvollzug	623	323
4. Der Rechtsschutz gegen die Vollstreckung polizeilicher Verwaltungsakte sowie die unmittelbare Ausführung und den Sofortvollzug	631	326
a) Der Rechtsschutz gegen als Verwaltungsakte zu qualifizierende Vollstreckungsmaßnahmen	631	326
b) Der Rechtsschutz gegen als Realakte zu qualifizierende Vollstreckungsmaßnahmen	634	327
c) Der Rechtsschutz zur generellen Verhinderung der Verwaltungsvollstreckung	635	327
d) Der Rechtsschutz gegen die unmittelbare Ausführung und den Sofortvollzug	639	328
IV. Die Bewehrung polizeilicher Verwaltungsakte	641	328
V. Erlaubnis und Dispens	642	329
1. Allgemeines	642	329
2. Der Rechtsschutz im Zusammenhang mit Erlaubnissen und Dispensen	645	331
§ 11 Polizei- und ordnungsbehördliche Verordnungen	664	337
I. Allgemeines	666	337
II. Die Abgrenzung polizei- und ordnungsbehördlicher Verord- nungen von polizeilichen Verwaltungsakten	675	341
III. Die Rechtmäßigkeit einer polizei- und ordnungsbehördlichen Verordnung (Prüfungsschema)	678	343
1. Die formelle Rechtmäßigkeit	679	343
2. Die materielle Rechtmäßigkeit	683	344
IV. Rechtsschutz gegen Polizeiverordnungen und ordnungs- behördliche Verordnungen	690	347
1. Rechtsschutz durch eine oberverwaltungsgerichtliche Normenkontrolle	690	347
a) Die Zulässigkeit der Normenkontrolle	691	347
b) Die Begründetheit der Normenkontrolle	695	348
c) Vorläufiger Rechtsschutz durch eine einstweilige Anordnung	696	349

2. Inzidenter Rechtsschutz durch die Anfechtung von Normvollzugsakten	697	349
3. Rechtsschutz durch eine verwaltungsgerichtliche Feststellungsklage	698	349
4. Rechtsschutz durch eine Verfassungsbeschwerde	699	350
§ 12 Sonstige polizeiliche und ordnungsbehördliche Handlungsinstrumente	710	353
I. Realakte	712	354
II. Öffentlichrechtliche Verträge	716	356
III. Informelles konsensuales Verwaltungshandeln	720	357
IV. Rechtsschutz gegen sonstige polizeiliche und ordnungsbehördliche Handlungsinstrumente	723	359
1. Der Rechtsschutz gegen Realakte mittels einer allgemeinen Leistungsklage	723	359
2. Der Rechtsschutz gegen Realakte mittels einer allgemeinen verwaltungsgerichtlichen Feststellungsklage gem. § 43 VwGO	727	360
3. Der Rechtsschutz im Zusammenhang mit öffentlich-rechtlichen Verträgen	730	361
4. Der Rechtsschutz im Zusammenhang mit informellem konsensualem Verwaltungshandeln	731	361
 Teil IV		
Entschädigungs- und Ersatzansprüche bei polizeilichem Handeln		
§ 13 Entschädigungs- und Schadensersatzansprüche Betroffener	738	363
I. Entschädigungsansprüche des Störers	738	363
1. Grundsätzlich keine Entschädigungsansprüche	739	363
2. Entschädigungs- und Schadensersatzansprüche bei rechtswidrigen Maßnahmen	743	365
3. Entschädigungs- und Schadensersatzansprüche bei rechtswidrigen Polizeiverordnungen	744	366
II. Entschädigungs- und Schadensersatzansprüche des Nichtstörers	745	366
1. Entschädigungsansprüche des Nichtstörers	745	366
2. Schadensersatzansprüche des Nichtstörers	756	373
3. Entschädigungs- und Schadensersatzansprüche bei Verordnungsunrecht	757	373
 § 14 Ersatzansprüche des Polizeiträgers	760	374
I. Ersatzansprüche bei Ersatzvornahme	761	374
II. Ersatzansprüche bei unmittelbarem Zwang	765	377
III. Ersatzansprüche bei unmittelbarer Ausführung	766	378
IV. Rückgriffsansprüche bei Entschädigung eines Nichtstörers	770	380
V. Sonstige polizeiliche Kostenersatzansprüche	771	381

§ 15 Exkurs: Das polizeiliche Abschleppen von Kraftfahrzeugen	773	383
I. Die Rechtsgrundlage für das Abschleppen	776	384
1. Nichtbeachtung eines Verkehrszeichens	777	384
2. Verstoß gegen sonstige Rechtsvorschriften	780	385
II. Der Adressat der polizeilichen Maßnahme	782	386
III. Rechtliche Begrenzungen durch das Übermaßverbot	783	386
1. Begrenzungen durch den Grundsatz des geringsten Eingriffs	784	386
2. Begrenzungen durch den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	785	387
IV. Kostenersatzansprüche des Trägers der Polizeibehörde und ihre Durchsetzung	786	387
1. Rechtsgrundlage für Kostenersatzansprüche	786	387
2. Die Durchsetzung des Kostenersatzanspruchs	789	388
3. Polizeiliches Zurückbehaltungsrecht wegen bestehender Kostenersatzansprüche	790	388
V. Schadensersatz- und Entschädigungsansprüche gegen den Träger der Polizeibehörde bei Beschädigung des Fahrzeugs	791	389
 Anhang		
Musterentwurf eines einheitlichen Polizeigesetzes des Bundes und der Länder in der Fassung des Vorentwurfs zur Änderung des MEPolG		391
<i>Sachverzeichnis</i>		413